

E-Control
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen, BearbeiterIn

TÜ/SA/48147

Klappe (DW) Fax (DW)

39204 100265

Datum

24.05.2016

Konsultationsentwurf zur Weiterentwicklung der Netzentgeltstruktur für den Strombereich

Der Österreichische Gewerkschaftsbund dankt für die Übermittlung des oben genannten Entwurfes und erlaubt sich, dazu wie folgt Stellung zu nehmen:

Hintergrund für die Überarbeitung der Netzentgeltstruktur ist der Umbruch des Stromsystems in Richtung dezentraler und dargebotsabhängiger Stromerzeugung. Ein Systemwechsel war bei der Festlegung der aktuellen Netzentgeltstruktur, die in ihrer grundlegenden Ausrichtung auf einem Gutachten aus dem Jahr 1998 basiert, in dieser Dimension nicht absehbar.

Die zunehmende Dezentralisierung der Stromerzeugung durch eine Vielzahl von Klein- und Kleinstanlagen stellt das Stromsystem insgesamt und die Stromnetze im Besonderen vor neue Herausforderungen. Insbesondere der steigende Anteil an dargebotsabhängiger Stromerzeugung (Photovoltaik, Windkraft) bringt die Stromnetze an ihre Leistungsgrenzen. Neben dem dadurch erforderlichen Netzausbau führt auch der vermehrte Regelernergieeinsatz zum Ausgleich für die volatile Ökostrom-Einspeisung ins Netz zu erhöhten Kosten für die Netzbetreibergesellschaften.

Diese Mehrkosten werden durch die entsprechenden Netzentgelte abgegolten. Gleichzeitig erhöht sich der Anteil der Strom-Eigenversorgung, was dazu führt, dass die Netzkosten durch eine immer geringer werdende Mengenbasis zu finanzieren sind. Neue Möglichkeiten und Herausforderungen ergeben sich außerdem durch die Kommunikations- und Informationstechnologie, wie die Einführung von Smart Meter und Smart Grids.

In dem vorliegenden Konsultationspapier werden die bestehenden Netztarife überaus detailreich analysiert und Struktur-Empfehlungen für die weitere Diskussion ausgesprochen. Konkrete Entgeltvorschläge fehlen jedoch, ebenso wie ein Hinweis darauf, ob seitens der E-Control konkrete Vorschläge für legislative Änderungen geplant sind.

Hinsichtlich Letzteres ist für den Österreichischen Gewerkschaftsbund im weiterführenden Diskussionsprozess die Frage der Netzentgeltstrukturänderung insbesondere im Hinblick auf die Vorhaben mit der geplanten Energie- und Klimastrategie der Bundesregierung und der angekündigten Reform des Ökostromförderregimes entscheidend.

Zu den Aspekten der Netzentgelte verlangt der Österreichische Gewerkschaftsbund aufgrund der derzeit bestehenden überproportionalen Kostenbelastung von HaushaltskonsumentInnen, dass bei der Weiterentwicklung der Strom-Netzentgeltstruktur eine kosten- und verursachergerechte Neuaufteilung der Tarifkomponenten erfolgen muss.

Dabei müssen jedenfalls soziale Kriterien besonders berücksichtigt werden. Darüber hinaus ist es aufgrund der derzeitigen Kostenbelastung vordringlich, dass insbesondere private Haushalte ohne netzkostentreibende Ökostrom-Einspeisung bei der vorgesehenen Strukturänderung eine betragsmäßige Netzkosten-Entlastung im Vergleich zum Status Quo erfahren.

Derzeit werden die Netzkosten gemäß den gesetzlichen Grundlagen auf die NetzbenutzerInnen umgelegt, wobei die privaten Haushalte (Netzebene 7, nicht gemessen) die Hauptlast der anfallenden Netzkosten tragen: obwohl sie nur rund 25 Prozent des Stroms in Österreich verbrauchen, tragen die privaten Haushalte rund 45 Prozent der Netznutzungsentgelte (NNE) und des Netzverlustentgelts (NVE).

Soziale Aspekte der Tarifierung

Der Österreichische Gewerkschaftsbund weist die unsymmetrische Argumentation im vorliegenden Konsultationspapier - wonach die Einführung von Entgeltkomponenten für sozial schwache Haushalte sowohl von der E-Control als auch von den Netzbetreibern abgelehnt wird - zurück. E-Control und Netzbetreiber sind der Meinung, dass diese Thematik durch sozialpolitische Instrumente gelöst werden muss. Wenn man dieser Auffassung folgt, müsste hinsichtlich der Interessenslagen aller anderen Marktteilnehmer analog argumentiert werden - also müsste das Agrarbudget oder das Wirtschaftsministerium oder eine andere Förderungsquelle die jeweiligen Kosten übernehmen.

Der Österreichische Gewerkschaftsbund vertritt vielmehr die Auffassung, dass gerade dem Netzbetreiber, der als Monopolist eine geschützte Marktposition genießt, auch besondere Aufgaben im Hinblick auf die Gewährleistung der Stromversorgung für einkommensschwache Haushalte zumutbar sind. Diese besondere "sozialpolitische"

Aufgabe spiegelt sich in den gesetzlichen Bestimmungen für den Netzbetreiber gegenüber "schutzbedürftigen KundInnen" wider.

Im Bedarfsfall müssen jedenfalls Ausgleichsmaßnahmen für einkommensschwache Haushalte und schutzbedürftige KonsumentInnengruppen im Rahmen der Netzentgeltstruktur gesetzt werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung



Renate Anderl
Vizepräsidentin



Mag. Bernhard Achitz
Leitender Sekretär